



MANUEL AMMANN

Stresstest und Realität für Europas Banken

Die European Banking Authority (EBA) hat die Resultate der jüngsten Banken-Stresstests veröffentlicht: Nur acht Banken – im Wesentlichen die üblichen Verdächtigen aus Griechenland und Spanien – sind durchgefallen. Und auch die spanischen Banken nur, weil bestimmte Rücklagen nicht anerkannt wurden. Daraus zu schliessen, dass das europäische Bankensystem gesund und robust ist, wäre aber voreilig. Der Test war lückenhaft und zu wenig streng, wie ich bereits am 3. April in dieser Zeitung ausführte. Geradezu lächerlich muten die 2,5 Mrd. Euro an, welche die EBA als zusätzlichen Kapitalbedarf für die Banken ermittelt. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl in der Realität um ein Vielfaches höher liegt.

Interessanter als das politisch gefärbte Testresultat sind die zusätzlichen Informationen, welche der Bericht über die Banken enthält. Dabei zeigt sich, dass selbst die EBA ihren Test nicht als Gütesiegel auffasst. Sie schreibt explizit, dass ein erfolgreiches Bestehen

«Die geschaffene Transparenz setzt schwach kapitalisierte Banken unter Druck»

des Tests nicht hinreichend sei, um mögliche Verwundbarkeiten auszuschliessen. Da die Testhürde zu niedrig war, führt die EBA neben der Gruppe der Durchgefallenen noch eine zweite Gruppe von 16 Banken auf, welche den Test knapp bestanden haben. Ausser portugiesischen, italienischen, zypriotischen und griechischen Banken sind mit

der HSH Nordbank und der Norddeutschen Landesbank auch zwei deutsche Banken darunter. Die EBA empfiehlt, dass die nationalen Aufsichtsbehörden diese Banken in die Pflicht nehmen, damit sie ihre Eigenmittel rasch aufstocken. Setzte man die Grenze nochmals leicht herauf, dann würden gleich Grossbanken folgen wie die Deutsche Bank, die Royal Bank of Scotland und die Société Générale.

Trotz eklatanter Mängel und ungläubigen Resultats haben die Stresstests somit auch eine positive Wirkung. Die geschaffene Transparenz setzt schwach kapitalisierte und risikoexponierte Banken unter Druck, ihre Eigenmittel zu erhöhen, auch wenn sie formell den Test bestanden haben. Das Bankensystem in Europa hat immer noch bedeutende strukturelle Schwächen. Nicht tragfähige Geschäftsmodelle und dünne Eigenkapitalausstattungen haben mit staatlicher Hilfe die Finanzkrise überlebt, und die «Too big to fail»-Problematik harrt weiter einer Lösung. Wenn das Bankensystem nicht bei jedem Windstoss ins Wanken kommen soll, muss seine Kapitalisierung substanziell verbessert werden.

Manuel Ammann ist Professor für Finance an der Uni St. Gallen und Direktor des Schweiz. Instituts für Banken und Finanzen



Protest gegen die Sparpakete der Regierung in Athen: Soll Griechenland wieder fit werden, müssen auch die Banken bluten

FOTO: AFP

«Wir brauchen eine unabhängige Ratingagentur»

Der Ökonomieprofessor Stéphane Garelli über Schuldenschnitt und Eurokrise

VON GUIDO SCHÄTTI UND CORNELIA KRAUSE

Herr Garelli, wo verbringen Sie Ihre Sommerferien?

In der Schweiz! So profitiere ich zwar nicht vom tiefen Euro. Dafür kaufe ich viel im Internet ein. **Was haben Sie zuletzt gekauft?** Einige Dinge fürs Haus. Wenn etwas einen gewissen Preis hat, lohnen sich die Portokosten und es macht Sinn, im Ausland einzukaufen.

Haben Sie kein schlechtes Gewissen?

Nein, Konsumenten sollten nie ein schlechtes Gewissen haben. So funktioniert nun mal die Wirtschaft. Und es hilft sogar, die Währung wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Das versucht auch die EU, bislang ohne Erfolg.

Was muss am Sondergipfel am Donnerstag passieren? Griechenland, Irland und Portugal brauchen mehr Zeit. Man muss ihnen eine Gnadenfrist von einem Jahr gewähren, während der sie keinen Schuldendienst leisten müssen und ihr Haus in Ordnung bringen können.

Eine Fristerstreckung wäre gleichbedeutend mit einem Kreditausfall. Das will die Europäische Zentralbank (EZB) verhindern.

Ich denke, dass die EZB die Wirtschaft verstanden hat. Sie wollte Zeit gewinnen, damit sich die Banken vorbereiten und Rücklagen bilden können.

Müssen die privaten Gläubiger bluten?

Die Banken müssen einen Haircut akzeptieren, einen Abschreiber von 30 bis 50 Prozent.

Werden sie das freiwillig tun?

Nein, es braucht politischen Druck. Weil sie vor Wahlen stehen, zögern aber die Regierungen Deutschlands und Frankreichs. Das gefährdet das gesamte System. Die

Banken müssen sich zusammensetzen und verhandeln.

Wie lassen sich künftige Krisen verhindern?

Die Währungsunion hat einen Geburtsfehler. Wir haben die EZB, welche die Währungspolitik koordiniert, aber es fehlt eine Institution, die dasselbe für die Haushaltspolitik tut.

Braucht es strukturelle Reformen?

EZB-Präsident Trichet sprach jüngst von einem europäischen Finanzministerium. Das wäre der falsche Begriff, weil er den Eindruck vermittelt, die Steuern würden harmonisiert. Die EU braucht aber eine Institution, welche die Haushalte der Länder überprüft und einschreiten kann, wenn Annahmen völlig unrealistisch sind.



Stéphane Garelli: «Gnadenfrist von einem Jahr gewähren»

Experte für Wettbewerb

Stéphane Garelli, 59, ist Ökonomieprofessor an der Universität Lausanne und an der Lausanner Kaderschmiede International Institute for Management Development (IMD). Er gilt als Autorität auf dem Gebiet der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Garelli verfasst den renommierten jährlichen IMD-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit von Staaten.

Ratingagenturen können ein Land in eine Krise stürzen. Haben sie zu viel Macht?

Das Problem ist der Mangel an Transparenz. Wir haben drei Agenturen, die alle ihre Ratings abgeben, von denen niemand weiss, wie sie zustande kommen.

Brauchen wir nationale Ratingagenturen?

Auf keinen Fall. Wir brauchen eine unabhängige Ratingagentur, die beim Internationalen Währungsfonds angesiedelt ist. Sie könnte nach transparenten Kriterien arbeiten, und sie stünde nicht im Verdacht, Privatinteressen zu gehorchen.

Was halten Sie von einer Vielzahl von Ratingagenturen, die sich konkurrenzieren?

Das halte ich für keine gute Idee. Je mehr Akteure man hat, desto tiefer ist ihre Glaubwürdigkeit.

Was passiert, wenn die USA ihr Top-Rating verlören?

Papiere des US-Schatzamt sind heute so liquide wie Bargeld. Wenn sie nicht mehr AAA wären, könnten sie nicht mehr von allen Akteuren gehalten werden. Die Verkäufe hätten einen Dominoeffekt zur Folge.

Wie gross ist die Gefahr, dass dieser Fall eintritt?

Die US-Politik führt ein Spiel auf, in dem jeder versucht, den andern mehr zu erschrecken. Den Teilnehmern wird die Lust daran vor der Deadline am 2. August vergehen.

Der Franken steigt sowohl zum Euro wie zum Dollar.

Verliert die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit?

Bei dem heutigen Wechselkurs ist diese Gefahr sehr real. Schweizer Exportprodukte wie Luxusgüter und Präzisionsinstrumente sind zwar nicht sehr preissensitiv. Aber auf Dauer wird die Exportwirtschaft den starken Franken nicht verkraften können.

Was können die Firmen tun?

Kurzfristig können sie versuchen, mit Lohnkürzungen und längeren Arbeitszeiten, etwas Zeit zu kaufen. Mittelfristig müssen sie entscheiden, ob sie ihr Geschäftsmodell auf einen Wechselkurs von 1.16 Franken pro Euro ausrichten müssen. Das ist ein Albtraum.

Wie lange können die Firmen durchhalten?

Wenn das Problem bis Anfang 2012 nicht gelöst ist, werden wir dramatische Entscheidungen sehen. Die Firmen werden ihre Produktion in grossem Stil ins Ausland verlagern. Im Unterschied zu England oder den USA konnte die Schweiz ihre industrielle Basis halten. Das wäre dann nicht mehr der Fall.

Was wäre ein fairer Wert für den Euro?

Im Bereich 1.35 bis 1.40 Franken. Damit können auch die Unternehmen leben.

Wann kommt die Normalisierung?

Der heutige Kurs hat nichts mit der Realwirtschaft, sondern nur mit den Märkten zu tun. Es besteht eine direkte Korrelation zwischen Frankenstärke und Währungskrise. Erst wenn die Krise gelöst ist, wird der Franken fallen.

Was kann die Schweizerische Nationalbank tun?

Sie sollte sich stärker in die Diskussion einbringen – erklären, wie sie die Lage einschätzt und was ihre Optionen sind. Reden ist ein wichtiger Bestandteil der Geldpolitik. So werden den Märkten wichtige Signale gegeben.

Jeder weiss aber, dass die SNB nicht mehr handlungsfähig ist. Da bringt alles Reden nichts.

Die Intervention der SNB war richtig – ich hätte das auch getan. Das Problem war, dass sie das Ausmass der Eurokrise nicht gesehen hat. Es war auch richtig, die Intervention zu stoppen, als sie realisierte, dass es hoffnungslos war. Das ist kein Grund, nun zu schweigen.

Fatca: USA reagieren auf internationalen Druck

Einführung der umstrittenen Quellensteuer für undeclared Vermögen verschoben

NEW YORK Die US-Steuerbehörde IRS hat auf die weltweiten Einwände gegen die neue Fatca-Quellensteuer reagiert. Nach einer am Donnerstag veröffentlichten Wegleitung sollen Finanzinstitute die 30-prozentige Steuer auf Gewinne aus undeclared Guthaben amerikanischer Steuerpflichtiger erst ab dem 1. Januar 2014 zurückbehalten. Der Foreign Account Tax Compliance Act war im Frühjahr 2009 an ein wirtschaftliches Stimuluspaket angehängt worden. Banken in Kanada, Europa und Asien haben gegen die hohen Umsetzungskosten von Fatca protestiert. Schweizer Banken haben sich angeschlossen. Wegelin & Co., die älteste Schweizer Privatbank, erklärte jüngst, man werde sich unter anderem wegen Fatca von US-Kunden trennen. Schweizer Parlamentarier und Michael Ambühl vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen haben bei Gesprächen in Washington wiederholt Fatca angesprochen. Die Verhandlungsführung in dieser Sache hat die Schweiz indes der EU überlassen.

MARTIN SUTER